Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 29

Artikel: Völkische Theorie in der kommunistischen Praxis (II) : die trügerische Dezentralisierung

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076450

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Völkische Theorie in der kommunistischen Praxis (II)

Die trügerische Dezentralisierung

In der Sowjetunion erweckten in den letzten Jahren wirtschaftliche Dezentralisierungsmassnahmen den Anschein einer föderalistischen Tendenz. In Wirklichkeit aber handelte es sich lediglich um eine Neugliederung der Verwaltungsstruktur, die nicht verminderte, sondern vermehrte zentrale Kontrolle mit sich brachte. Die Tendenz geht dahin, die Unionsrepubliken aus politischen Einheiten völlig in Verwaltungseinheiten umzuwandeln.

Die 1957 erfolgte «Dezentralisierung der Industrieverwaltung» und die Errichtung der Volkswirtschaftsräte oder Sownarchosen (siehe KB Nrn. 23 und 24) im gleichen Jahr führten zu beträchtlichen Aenderungen innerhalb der staatlichen Exekutivorgane. Die Zahl der Ministerien schwankte in der Folge ständig. Zählte man am 20. Januar 1957 noch 23 Allunionsministerien, so waren es zwei Jahre später noch sechs. Im gleichen Zeitraum gingen die unionsrepublikanischen Ministerien der UdSSR (über die beiden Begriffe siehe erster Teil der Untersuchung, KB Nr. 28) von 29 auf 10 zurück. Die gleiche Erscheinung ist auch innerhalb der Unionsrepubliken zu beobachten. Die Reform der wirtschaftlichen Verwaltungsstruktur, die zur Aufhebung oder Zusammenlegung vieler Ministerien führte, dauert immer noch an. Erst diesen Frühling wurde die neue Einteilung der Wirtschaftsgebiete bekannt (KB Nr. 23).

«Autonomie» besteht im Bezahlen

Aus der Organisation der Verwaltungsstellen der verschiedenen politischen Einheiten der UdSSR lässt sich eindeutig erkennen, dass es sich bei der «Erweiterung der Rechte der Unionsrepubliken» (Verordnung des Ministerrates der UdSSR vom 4. Mai 1955) und bei der «Dezentralisierung der Industrieverwaltung» (Gesetz vom 10. Mai 1957) nicht um eine tatsächliche Dezentralisierungstendenz handelte, sondern vielmehr um eine Vereinfachung und Verbilligung der Wirtschaftsadministration.

Die 1957 errichteten 103 Sownarchosen (die Zahl erhöhte sich später, doch geht die Tendenz wieder auf Zusammenlegung) nahmen den Platz von 200 bis 230 Ministerien (d. h. politischer Behörden der Republiken) ein. Sie sind dem Unionsministerrat (mittelbar über die Ministerräte der einzelnen Republiken) unterstellt, der ihre Verfügungen suspendieren kann. Damit wurde die zentrale Führung Moskaus völlig gewährleistet, während die Befugnisse der Unionsrepubliken praktisch darin bestehen, dass sie die Verwaltungskosten zu tragen haben.

Den Sownarchosen, die für Bauwesen und Industrie zuständig sind, wurden die Unionsbetriebe und ein bedeutender Teil republikeigener Betriebe unterstellt. 75 Prozent der gesamten Industrieproduktion der UdSSR (darunter die Gesamterzeugung von Roheisen, Stahl, metallurgischer Produkte, beinahe die ganze Oelgewinnung und die totale Produktion an Autos, Gas- und Dampfturbinen) sind durch die Sownarchosen den Unionszentralstellen untergeordnet. Die ««Dezentralisierung» der Industrieverwaltung bedeutet nichts weiter, als dass die Finanzierung des riesigen Apparates den Unionsrepubliken überbürdet wurde.

Das erwähnte Gesetz vom 5. Mai 1957 und der gemeinsame Beschluss von ZK der KPdSU und Unionsministerrat über «Massnahmen zur Verbesserung der Planung» (4. Mai 1958) garantieren die Einheit der Planung. Dazu gewährleistete die im April 1960 vollzogene Trennung der Befugnisse der zwei Planungsorgane (Planungskomitee und Staatlicher Wissenschaftlich-Wirtschaftlicher Sowjet für Perspektivplanung) die Zentralisierung bei der Behandlung grundlegender Fragen, verbunden allerdings mit einer Dezentralisierung der «operativen» Fragen.

«Vergewaltigte Schweizer Kantone»

Diese Hinweise setzen die «leninsche Nationalitätenpolitik» auf ihren richtigen Wert herab. Die Rechtsliteratur betont zwar, dass das den Unionsrepubliken zugesprochene Recht auf Trennung (entsprechend dem freiwilligen Beitritt) nur im sozialistischen System gewährt werden könne und nennt als Gegensatz dazu etwa die vom Staat gewaltsam angeschlossenen Schweizer Kantone.

Wie es aber um die freiwillige und kündbare Zugehörigkeit der Unionsrepubliken zur UdSSR gehört, zeigt die strafrechtliche Praxis. Handlungen oder sogar Aeusserungen, die darauf abzielen, vom Austrittsrecht Gebrauch zu machen, werden als «gegenstaatliche Delikte» definiert, die mit dem Tode bestraft werden können. Das neue russische Strafgesetzbuch von 1960 fasst den im StGB von 1926 ausführlich angegebenen Tatbestand als «Handlung gegen die territoriale Unantastbarkeit der UdSSR» (Artikel 64, Absatz a) zusammen und bedroht Sezessionspropaganda (wiederum als Angriff auf die Territorialhoheit der UdSSR definiert) mit Freiheitsstrafe bis zu 15 Jahren (Artikel 70).

Die aufgehobenen Nationalitäten

In Verletzung der «leninschen Nationalitätenpolitik» gibt es übrigens in der Sowjetunion eine ganze Reihe von Nationalitäten, denen nie irgendwelche territoriale oder kulturelle Autonomie gewährt wurde. Es betrifft dies etwa die Juden (die nach der letzten Volkszählung vor zwei Jahren 2 268 000 Sowjetbürger zählen), die Deutschen (1 619 000), die Polen (1 380 000) und kleinere Völkergruppen.

Direkt gegen die nationale Selbstbestimmung gerichtet war 1924/25 die Zerschlagung von Turkestan und seine Aufteilung in vier zentralasiatische Republiken. Auch die Transkaukasische Föderation wurde 1936 aufgelöst. An ihre Stelle traten drei von einander isolierte transkaukasische Republiken.

Kulturdiskriminierung zugunsten der RSFSR

Um die politischen Konsequenzen einer strikten Durchführung der nationalen Selbstbestimmung zu vermeiden, wird diese schon seit langem auf den kulturell-sprachlichen Sektor eingeengt. Wie übrigens Stalin am 12. Parteikongress erklärte, verfolgte die Gewährung der linguistischen Rechte für die verschiedenen Völker den Zweck der besseren Propagierung des Sowjetsystems.

Aber selbst die kulturelle Autonomie ist sehr eingeschränkt, und eine Gleichberechtigung der Republiken besteht nicht. Die Hegemoniestellung der Russen zeigt sich vielmehr in jedem Bereich. Die Ukrainer haben beispielsweise ausserhalb ihrer Heimat keine eigenen Zeitungen, obwohl 5,1 Millionen von ihnen in andern Sowjetrepubliken leben (3,4 Millionen in der RSFSR). Die 7,1 Millionen Russen in der Ukraine dagegen verfügen über eine ganze Anzahl eigener Presseorgane. Die gleiche Erscheinung ist im Verhältnis von Russen und Nichtrussen durchwegs festzustellen. Minoritäten ohne einheitliches Territorium haben überhaupt keine eigene Publikation (Juden) oder unansehnliche, von grossen Zeitungen (Prawda) als «Nebenprodukt» herausgegebene Blätter.

Aehnlich verhält es sich mit dem Schulwesen. Die Russen haben auf dem ganzen Unionsgebiet ihre eigenen Schulen, ohne dass «Gegenrecht» gewährt würde (keine einzige ukrainische Schule in der RSRSR). Zwar hat die neue Schulreform den obligatorischen Russischunterricht in den nichtrussischen Unionsrepubliken abgeschafft, doch ist anstelle des gesetzlichen einfach der gesellschaftliche Zwang getreten, der die verbindlichen Pflichten ja immer mehr festlegt.

Integrierung

Ziel der sowjetischen Nationalitätenpolitik ist eine möglichst rasche Vermischung der Rassen und Völker. Sie steht unter dem Zeichen der Russifizierung. Ein will-

Meldungen von morgen

Ist Hodscha daran, die gesamte Führung der albanischen Armee umzubildern? Die Beförderung von zehn Obersten zu Generalmajoren anlässlich der Feiern zum Tag der Albanischen Armee wurde als Indiz dafür gewertet. Gerade in höheren Armeekreisen soll die Opposition zu Hodschas pekingfreundlicher und «antisowjetischen» Politik besonders gross gewesen sein. Der Hauptangeklagte im grossaufgezogenen «Verschwörerprozess» vom Mai dieses Jahres war Admiral Teme Sejko gewesen, und drei der weiteren neun Angeklagten gehörten dem Offizierskorps an.

*

Vielversprechende Erzlager sind in Nordmähren entdeckt worden, das nun laut «Rude Pravo» die «Hauptquelle für Kupfer, Blei, Zink und Gold» der Tschechoslowakei werden dürfte. Die Buntmetallvorkommen könnten nach den ersten Schätzungen den bisher bekannten grossen Lagern Europas entsprechen. Wie ein Sprecher des geologischen Amtes in Prag mitteilte, liessen die Funde auf «viele Millionen Tonnen» Erz schliessen.

*

Am 15. August 1961 wird in Tokio eine dreiwöchige sowjetische Industrie- und Handelsausstellung eröffnet, die sich dem japanischen Wunsch gemäss vorwiegend mit der Entwicklung und der Produktion Sibiriens und anderer fernöstlicher Gebiete der UdSSR befassen wird.

kommenes Mittel zu diesem Ziel ist die Industrialisierung, doch wird daneben zusätzlich eine bewusste Umsiedlungspolitik betrieben (siehe Untersuchung KB Nr. 18), die nicht zuletzt den (wenigstens potentiell) politisch gefährdeten Grenzgebieten gilt. In Kasachstan, das von seinen stammesverwandten Nachbarn auf der andern Seite der chinesischen Grenze aus rassisch möglichst abgetrennt werden soll, beträgt heute der Anteil der Kasachen an der Gesamtbevölkerung nur noch 29,6 Prozent, derjenige der Russen aber 43,1 Prozent. Die fortschreitende Russifizierung ist im Verhältnis von Russen und Ukrainern besonders aufschlussreich. Standen 1926 den 31,2 Millionen Ukrainern 78 Millionen Russen gegenüber, so lauteten die entsprechenden Zahlen vor zwei Jahren bereits 36 981 000 und 114 588 000. Das russische Element hat also unverhältnismässig stärker zugenommen.

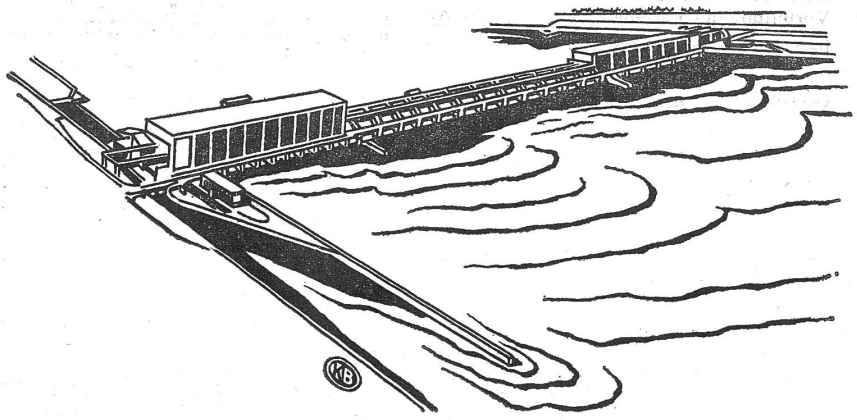
Bei der letzten Volkszählung gaben von den 94,3 Millionen Nichtrussen rund 10 Millionen, vorwiegend Jugendliche, russisch als ihre Muttersprache an.

Russische Parteihegemonie

Die absolut führende Rolle der russischen Nation lässt sich auf der Partei-Ebene noch klarer erkennen. In der RSFSR betrug 1956 die Zahl der Parteimitglieder 5 057 887 oder 7,1 Prozent der erwachsenen Bevölkerung. In Weissrussland dagegen belief sich der Prozentsatz auf 2,9, in Usbekistan auf 3,8 usw. (Gesamtanteil der Parteimitglieder für die gesamte UdSSR damals 3,94 Prozent). Eine ähnliche Bevorzugung der Russen zeigt sich in der Zusammenstellung des Zentralkomitees der KPdSU, wo die Russen gegenüber den Mitgliedern anderer Nationalitäten im Verhältnis 2:1 überwiegen, obwohl die Bevölkerungsanteile ein Verhältnis von etwa 1:1 erwarten liessen. Wenn man die Besetzung der Unionsministerien (1956) betrachtet, ist das Uebergewicht des russischen Elementes noch grösser: zirka 90 Prozent aller Minister.

*

Die Entwicklung geht also tatsächlich den Weg, den schon die marxistisch-leninistische Theorie sah: Parallel mit dem fortschreitenden «kommunistischen Aufbau» werden sich die Grenzen zwischen den Unionsrepubliken (sogar zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien) verwischen. Ziel ist auch eine einheitliche Sprache (d. h. natürlich russisch). Die «Klassiker» des Marxismus-Leninismus waren schon gegen eine Föderation und für einen einheitlichen sozialistischen Staat. Lenin verkündete den föderativen Staat 1917 erst, als er den Nationalismus der nichtrussischen Völker sah. Aber wie er schon den Uebergangscharakter der Föderation feststellte, so beginnen heute seine Nachfolger immer deutlicher ihr Ende zu verkünden. In der Praxis wird der Aufbau des Einheitsstaates schon kräftig vorangetrieben.



Wirtschaft

Jugoslawien
Mit Rumänien

Gerade zurzeit, da die Beziehungen Jugoslawiens zu den Volksdemokratien, und nicht zuletzt zu Bukarest, aussergewöhnlich gespannt sind, ist die Projektierung eines gewaltigen Gemeinschaftswerkes zwischen den beiden Staaten in ein konkreteres Stadium getreten.

Vor Monatsfrist trat die jugoslawisch-rumänische Kommission zusammen, die 1957 zur Koordinierung der Regulationsarbeiten an der Donau im Gebiete des Eisernen Tors auf Grund eines Abkommens in Brioni ins Leben gerufen wurde. Unterdessen sollen sich die Experten bereits auf eine der drei zur Prüfung vorgelegten Varianten geeinigt haben, welche an der jugoslawisch-rumänischen Grenze die Stauung der Donau mit riesiger Elektrizitätsgewinnung bei verbessertem Schiffahrtsverkehr vorsehen.

Das Werk soll die jugoslawische und rumänische Donauseite am Kasanpass (die «Donauschlucht», wo der Strom nur 150 bis 170 Meter breit ist) verbinden. Zwei Stau- und Wasserkraftwerke (eines bei Sir-Gura Vai, das andere weiter unten bei der Timor-Mündung) würden die Donau regulieren und mit ihren Elektrozentralen nicht weniger als 8,3 Milliarden, respektive 2,4 Milliarden Kilowattstunden Energie pro Jahr produzieren. Der Verbrauch an Elektroenergie betrug letztes Jahr in Jugoslawien 9,3 Milliarden kWh und in Rumänien 7,7 Milliarden kWh.

Die verschiedenen Projektvarianten sehen alle den Bau von je einem Damm mit einer 24 Meter breiten Wasserschleuse in der Mitte, einer elektrischen Zentrale und einer den Ufern entlanggeführten Schleppvorrichtung für die Schiffe vor. Der gehobene Wasserspiegel wird die sonst in diesem Gebiet durch Riffe und Felsen gefährdete Schiffahrt bedeutend sicherer gestalten.

Wenn das Projekt am langen, durch die Donau gebildeten Grenzabschnitt zwischen den beiden Staaten verwirklicht wird, kann deren Energiewirtschaft entscheidende Verbesserung erfahren.

Ideologie und Propaganda

SBZ
Innenpolitischer Revisionismus

Die jetzige Rekordabwanderung der sowjetzonalen Bevölkerung nach dem Westen hat die SED-Propaganda zu einer «antidogmatischen» Kampagne veranlasst, der das Eingeständnis zugrunde lag, dass die Einwohner sich von der ideologischen Aufklärung nicht beeindrucken liessen.

Gleichzeitig werden allen Bürgern «vorübergehende Erschwernisse, Anstrengungen und Opfer» in Aussicht gestellt, weil es mit der Versorgung nicht klappt. Gründe für diesen Zustand werden zahlreiche aufgeführt. Darunter (mittelbar) der, dass die Ausrichtung auf die COMECON-Planung nach sowjetischen Forderungen «Umstellungen» erfordere. Zur Erklärung der Notlage wird ferner ganz direkt ausgeführt, dass China seinen Importverpflichtungen nicht nachgekommen sei.

Allerdings ist der «Kampf gegen den Dogmatismus» heute in der SBZ nicht auf China gemünzt, sondern auf die sture Parteilinie im eigenen Land. Sündenböcke werden bei der anhaltenden Flucht nach dem Westen gesucht werden müssen, und Säuberungen werden jetzt anscheinend theoretisch vorbereitet.

Bei einem kürzlichen Referat vor dem Zentralkomitee der SED verwies laut «Neues Deutschland» der Leiter der Abteilung für Propaganda beim ZK, Kurt Tiedke, auf die Tatsache, «dass wir nach wie vor einen nicht geringen Teil der Bevölkerung mit unserer Propaganda-Arbeit nicht erfassen.» Das Zurückbleiben der aufklärerischen Arbeit hinter den «praktischen Aufgaben» habe nebst vielen unwesentlichen Ursachen einen besonderen Grund: «Das Haupthindernis in der ideologischen Arbeit ist nach wie vor der Dogmatismus... Es wird darum eine der Hauptaufgaben sein, kritisch und selbstkritisch die Ursache für die Zählebigkeit dogmatischer Erscheinungen aufzudecken und anhand praktischer Erfahrungen zu zeigen, wie man diese am schnellsten überwinden kann.»

Dass der Dogmatismus «nach wie vor» das Haupthindernis darstellt, ist übrigens nicht so selbstverständlich, denn noch die Moskauer Novembererklärung der kommunistischen Parteien hatte als Hauptgefahr im «sozialistischen» Lager den Revisionismus gebrandmarkt, und selbstverständlich hatte auch die ostdeutsche Presse ihr volles Einverständnis damit erklärt. Allerdings ist in dem von «Neues Deutschland» gebrauchten Sinne der Dogmatismus weniger als politische Konzeption zu verstehen, sondern eher als die bornierte Einstellung des typischen Parteifunktionärs, die bei der Bevölkerung so sehr verhasst ist, dass es selbst der KP-Leitung aufgefallen ist.

Die ideologische Arbeit scheint Pankow um so dringlicher, als auch die wirtschaft-